

Vera Drach

Der Österreichische Informationsdienst für Entwicklungspolitik (ÖIE)

**„Entwicklung statt Rüstung“ - Eine Kampagne zum Scheitern
verurteilt?**

Forschungsseminar: Archive des Helfens? Das 'Mittelalter' der österreichischen
Entwicklungszusammenarbeit, Studienjahr 2014

Wien 2015

Inhaltsverzeichnis

<i>Einleitung</i>	- 3 -
<i>Methodik</i>	- 4 -
<i>Jugendrat für Entwicklungshilfe</i>	- 6 -
<i>Konstituierung des Vereins ÖIE</i>	- 7 -
Alternatives Arbeitsmodell des ÖIE	- 8 -
Verständnis von Entwicklung im ÖIE gemäß der Grundsatzerklärung.....	- 9 -
Zielsetzung des Vereins	- 10 -
Arbeitsbereiche des ÖIE.....	- 11 -
Arbeitsbereich - Entwicklungspolitische Nachrichten (EPN)	- 11 -
Kampagnenarbeit.....	- 12 -
<i>Der Kampagnen-Begriff</i>	- 13 -
Internationaler Kontext.....	- 14 -
Friedensbewegungen in Österreich	- 15 -
Rüstungsexporteur Österreich	- 16 -
Umfeldanalyse	- 17 -
Ziel und Zielgruppe der Kampagne.....	- 20 -
„Entwicklung statt Rüstung“ als Informations- und Bildungskampagne	- 22 -
Besonderheit der Bildungskampagne	- 24 -
„Entwicklung statt Rüstung“ als zivilgesellschaftliche Kampagne	- 25 -
Aktionen des ÖIE im Rahmen der Kampagne	- 26 -
<i>Evaluierung der Kampagne</i>	- 29 -
Kommunikation der Kampagneninhalte.....	- 29 -
ÖIE – interne Kommunikation.....	- 30 -
Reaktion auf die Kampagne durch die Regierung.....	- 32 -
Medienresonanz.....	- 33 -
<i>Conclusio</i>	- 34 -
<i>Literatur- und Quellenverzeichnis</i>	- 37 -

Einleitung

Der *Jugendrat für Entwicklungspolitik*, aus dem 1979 der *Österreichische Informationsdienst für Entwicklungspolitik* (ÖIE) wurde, war einer der ersten überparteilichen und überkonfessionellen Vereine mit entwicklungspolitischem Schwerpunkt in Österreich. Der Verein konzentrierte sich in seiner Tätigkeit auf Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Form von Jugend-, StudentInnen- und Erwachsenenbildung sowie Kampagnenarbeit. Darüber hinaus veröffentlichte er ein monatliches Magazin unter dem Namen *Entwicklungspolitische Nachrichten* (EPN). Aus den EPN wurde das *Südwindmagazin*.

1982 startete der Jugendrat die Kampagne „Entwicklung statt Rüstung“. Der Schwerpunkt in dieser Abhandlung liegt auf der Analyse der Kampagnenarbeit des Vereins zu und soll folgender Frage nachgehen: **Welche Umstände führten dazu, dass die großen Erfolge dieser Kampagne ausblieben?**

Die Kampagne „Entwicklung statt Rüstung“ entstand im Rahmen der Friedensbewegung in Österreich und thematisierte die Problematik des weltweiten Anstiegs von Rüstungsausgaben, der in einem scharfen Kontrast zur Bereitschaft stand, soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Zudem zeigte sie die unrühmliche Rolle Österreichs als Rüstungsexporteur auf. Ziel der Kampagne war es, einen Beitrag zur Bewusstseinsbildung zu leisten, indem der Zusammenhang von Rüstung und Folgen für den globalen Süden aufgezeigt wurde. Des Weiteren wollte der Verein mit diesem Anliegen zur Mobilisierung der Zivilgesellschaft beitragen. (EPN 1982/2:3)

Die Kampagne wurde eigenständig und ohne Kooperationsorganisationen durchgeführt und präsentierte sich nicht nur als Bildungs-, sondern auch als zivilgesellschaftliche Aktion. Dabei hatte sie mit politischem Gegenwind und internen, vor allem konzeptionellen, Schwierigkeiten zu kämpfen, die durch eine Analyse aus der Sicht des Kampagnenmanagements veranschaulicht werden soll.

Für eine umfassende Analyse wird zunächst die Geschichte, die besondere Struktur und Arbeitsweise des ÖIE beschrieben, um in späterer Folge interne Vorgänge verständlicher darstellen zu können. Anschließend werden der internationale und nationale Kontext angesprochen, der die Relevanz der Kampagne deutlich macht, das Kampagnenumfeld bewertet und in Folge die Kampagne selbst analysiert.

Methodik

Um Material aus der damaligen Zeit zu erhalten, wurde für dieses Forschungsvorhaben direkter Kontakt zum heutigen Südwind/ÖIE Verein aufgenommen. Leider wurden viele Materialien, die nicht mehr aufbewahrt werden mussten, bereits entsorgt. Dazu zählen auch die meisten Unterlagen zur Kampagne „Entwicklung statt Rüstung“. Dennoch versuchte der Verein so gut als möglich Informationen bereit zu stellen.

Wegen der speziellen Transparenz der *Entwicklungspolitischen Nachrichten* (EPN) wurden damals viele interne Geschehnisse auch an die Öffentlichkeit herangetragen. Die EPN begleiteten die Kampagne „Entwicklung statt Rüstung“ während des gesamten Prozesses intensiv. Meine Analyse beruht also vor allem auf Texten der EPN. Dabei wurden sämtliche EPN Magazine von Anfang 1979 bis zu Beginn 1984 bearbeitet und versucht, Material rund um die Thematik und die Kampagne „Entwicklung statt Rüstung“ zu sammeln.

Anschließend wurde das Material in folgende Haupt- und Unterkategorien des Kampagnenmanagements eingeordnet und nach dem Verfahren von Mayring ausgewertet. (vgl. Mayring 2002: 170):

- Situationsanalyse - Relevanz der Kampagne
 - internationaler Kontext
 - nationaler Kontext
- Umfeldanalyse
 - Regierung/UN/globaler Süden/NGOs/Friedensbewegungen/Firmen/ArbeiterInnen in der Rüstungsindustrie/ÖIE
- Ziel und Zielgruppe der Kampagne (+ Slogan)
 - Ziel für die Bildungs- und Informationskampagne
 - Ziel für die zivilgesellschaftliche Kampagne
- Durchführung der Bildungskampagne
 - Bildungs- und Informationsinitiativen
- Durchführung der zivilgesellschaftlichen Kampagne
 - Forderungskataloge
 - Demonstrationen
 - weiteres Material (Sticker, Jutetaschen)
- Reaktion auf die Kampagne
 - Regierung
 - Medien
 - weitere Reaktionen
 - ÖIE Intern

Hierbei können wegen fehlender interner Materialien nicht alle Bereiche gleich gut beleuchtet werden. Aus diesem Grund wurden zusätzlich teils vorhandene und teils selbst geführte Interviews mit ehemals aktiven Mitgliedern herangezogen, um ein besseres Verständnis für interne Abläufe und die Kampagnenarbeit zu bekommen. Für das Interview wurden folgende Kategorien hinzugefügt:

- persönlicher beruflicher Werdegang
- Jugendrat
- Gründung des ÖIE
- Arbeitsweise des ÖIE
- Gruppierungen im ÖIE
- Auflösung des ÖIE

Bei der Arbeit mit Erzählungen über geschichtliche Entwicklungen („Oral History“) muss stets darauf geachtet werden, dass wir das Erlebte über die Zeit anders wahrnehmen, sich Erinnerungen verändern und manches vergessen wird. Umso wichtiger ist es, im Rahmen dieser Analyse auf schriftliche Dokumente zurückzugreifen, soweit diese vorhanden sind, und bei der Verwendung von Interviews über die zeitlich vergangenen Geschehnisse auf eine reflektierte Analyse zu achten. (Böhm 2009:35)

Für die Interviews selbst wurde ein Leitfaden mit offenen Fragen entwickelt, auf welchen während des Gesprächs zurückgegriffen werden konnte. Je nachdem, wie die befragte Person agierte, konzentrierte ich mich entweder auf den Leitfaden oder leitete in ein narrativ angelehntes Interview, mit möglichen Rückfragen, über. Auf die einzelnen Personen einzugehen ist von Bedeutung, da sich viele TeilnehmerInnen während des Interviews an Details der Geschehnisse zu erinnern beginnen. Obwohl mir bewusst war, welches die „typischen Anfängerfehler“ sind, kam es doch zum Einbringen suggestiver Fragen und „bewertender und kommentierter Aussagen“ (Heisteringer 2006:7; vgl. Helferich 2009)

Nach den Interviews wurde zunächst offen, anschließend selektiv codiert und das Ergebnis nach den oben genannten Hauptkategorien und Unterkategorien eingeteilt. Darüber hinaus dienten der Autorin Protokolle des ÖIE-Vereins, APA-Meldungen, die Arbeiterzeitung sowie weitere Sekundärliteratur zur Thematik dazu, die Analyse abzurunden.

Jugendrat für Entwicklungshilfe

Ziel der Gründung des Jugendrates für Entwicklungshilfe im Jahr 1966 war die Entsendung von geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern in die sogenannte „Dritte Welt“. Die katholische Jugend, die Gewerkschaftsjugend, die österreichische Jungarbeiterbewegung, die Sozialistische Jugend und die Junge ÖVP gehörten zu den führenden Akteuren. Nach fünf Jahren erweiterte der Jugendrat seinen Aufgabenbereich und setzte einen weiteren Schwerpunkt in der Informationsarbeit. Das Ziel war, Bewusstsein für entwicklungspolitische Themen in der Bevölkerung zu schaffen. Hierbei sollten auch globale Zusammenhänge aufgezeigt werden.

Auf universitärer Ebene fand bereits 1972 die erste Lehrveranstaltung statt, die sich mit entwicklungspolitischen Fragen auseinandersetzte. Im Anschluss daran wurde im November 1972 im Rahmen der Rektorenkonferenz der Beschluss gefasst, in den folgenden Semestern jeweils ein entwicklungspolitisches Seminar an unterschiedlichen Universitäten anzubieten. Im Rahmen des Fünfpunkte-Programms floss in weiterer Folge ein Teil des finanziellen Budgets in die Öffentlichkeitsarbeit. Dies führte zur Realisierung von Kampagnen wie „Countdown Dritte Welt“, „Nicken Sie nicht – Tun Sie was“, „800 Millionen suchen Arbeit“, „Gerechtigkeit für die Dritte Welt“ und die letzte Kampagne, die zugleich die erste Kampagne des ÖIE war „Jute statt Plastik“. (vgl. Arne Haselbach 2010; Jäggle 2014)

1977/8 war schließlich abzusehen, dass sich der Jugendrat auflösen würde. Daher gründeten die Mitglieder im Hintergrund bereits eine Folgeorganisation in Form eines Vereins, des ÖIE. (Jäggle 2014)

Konstituierung des Vereins ÖIE

Am 18.1.1979 fand um 19 Uhr in der Sandwirtgasse im sechsten Bezirk die Gründungsversammlung des Österreichischen Informationsdiensts für Entwicklungspolitik statt. Gemäß den Vereinsstatuten wurden im Rahmen dieses Treffens der Vorstand, Obmann/frau, SchriftführerIn, KassiererIn und deren StellvertreterInnen gewählt.

Im Rahmen der Gründungsversammlung entschieden die TeilnehmerInnen mit 21 Für- und 15 Gegenstimmen sowie fünf Stimmenthaltungen auch, den Mitgliedsbeitrag mit 1% des Nettogehalts festzulegen. (ÖIE 1979: 1,2) Der Verein wurde zum einen über das Bundeskanzleramt finanziert (1979 noch mit Schilling 2,127.000.- und im Jahre 1982 schon mit der dreifachen Summe), zum anderen durch freiwillige Spenden der Mitglieder und MitarbeiterInnen. (EPN Pernerstorfer 1982/6:7) Ende 1979 gab es 143 Mitglieder; davon waren 17 tragende Mitglieder (Gruppen, Organisationen und/oder Institutionen). (AB ÖIE 1979: 3)

In Österreich gab es zu dieser Zeit noch keine staatliche Entwicklungshilfeagentur, die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit leistete. Aus diesem Grund war eine Finanzierung durch das Bundeskanzleramt möglich.

Damit geriet das Projekt jedoch in Abhängigkeit von politischen Akteuren und Regierungswechsel hatten so leicht auch eine Reduktion der Finanzierung zur Folge. (Hartmeyer 2014) 1987 überließ die SPÖ dem Juniorpartner ÖVP das Außenministerium und Außenminister Alois Mock nützte die Gelegenheit zu einem Kurswechsel. In dem gemeinsam mit dem damaligen Direktor der Politischen Akademie der ÖVP, Andreas Khol, formulierte er „Zehn Punkte für einen Neubeginn der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit“. In diesem Papier zeichnet sich nicht nur eine Neoliberalisierung der ÖEH ab („Strukturanpassungshilfe“), sondern auch die Absicht, Stimmen aus der kritischen Zivilgesellschaft zu disziplinieren. Die Wiener Zeitung vom 19.7.1988 berichtete in diesem Zusammenhang:

„Ziel der Öffentlichkeitsarbeit müsse es sein, die Öffentlichkeit über die Entwicklungszusammenarbeit sachlich zu informieren und für entwicklungspolitische Problemstellungen zu sensibilisieren. Es könne nicht die Aufgabe sein, etwa gegen die Abhaltung von Olympischen Spielen in Seoul zu polemisieren, wobei für diese Polemik Entwicklungshilfegelder verwendet würden. Österreich gebe derzeit zwei- bis dreimal mehr Mittel für Öffentlichkeitsarbeit aus als etwa die Niederlande, Belgien oder die Schweiz.“

So kam es 1988 durch die Einstellung der Fördermittel sogar zu einer kurzweiligen Auflösung des Vereins. Der damalige Geschäftsführer Helmut Hartmeyer war gezwungen alle MitarbeiterInnen, einschließlich sich selbst, zu entlassen. Der Grund hierfür war das Ausbleiben von finanzieller Unterstützung durch die Regierung. Letztendlich gelang es ihm und den MitarbeiterInnen nach langatmigen Verhandlungen und mit der Unterstützung der Zivilbevölkerung, die Arbeit wieder aufzunehmen. Allerdings musste sich der Verein im Rahmen dieser Neukonstituierung von einigen Prinzipien verabschieden. (Hartmeyer 2014)

Alternatives Arbeitsmodell des ÖIE

Der Arbeitsbericht des ÖIE von 1979 stellt nicht nur die Konstituierungsphase des Vereins dar, sondern zeigt ebenso welche alternative Ausrichtung sich der Verein in Bezug auf seine Arbeitsweise und Struktur vorstellte. Wesentliche Inhalte betreffen hier die „demokratische Mitbestimmung, die Gehaltsangleichung, die Arbeitsrotation, der Reinigungsdienst, die Teilzeitarbeit sowie die freie Arbeitszeitgestaltung“. (AB ÖIE 1979; Winge 1982/6:8) Die Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen ist in der Betriebsvereinbarung zwischen Betriebsrat und Vorstand niedergeschrieben. Die MitarbeiterInnen hatten somit die Möglichkeit, die Themen, die sie als relevant betrachteten, in den Verein hinein zu tragen, Projekte dahingehend durchzuführen und somit Einfluss auf das gesamte Geschehen des Vereins zu nehmen. Folglich war das Engagement der einzelnen Personen maßgebend und beeinflusste auch die Themenauswahl. Der Verein versuchte bei Entscheidungen einen Konsens zu finden. Für größere Plena und Generalversammlungen sollten auf die hierarchischen Strukturen und Mehrheitsentscheidungen nicht gänzlich verzichtet werden.

Dies zeigen Protokolle verschiedener Teammeetings oder die Resultate von Abstimmungen bei Generalversammlungen. (EPN 1984/9:14)

Um einen Prozess der Konsensfindung generell zu unterstützen und ein Mitspracherecht zu ermöglichen, wurden einerseits wöchentliche Büroversammlungen abgehalten und andererseits monatlich ein Plenartreffen organisiert. (Winge 1982/6:8)

Diese Form der Arbeit funktionierte nicht immer und führte durchaus auch zu Spannungen im Verein, sowie zu Allianzbildungen innerhalb des Vereins. Das gaben

Personen im Interview preis. Die *Entwicklungspolitischen Nachrichten* gehen darauf in Jubiläumsausgaben ein und reflektieren Erfolge und Misserfolge einer solchen Arbeitsweise. (vgl. EPN 1982/6)

Ab 1982 gab es im Verein die offizielle Gehaltsangleichung, sowie einen speziellen Sozialtopf, in den eingezahlt wurde. (Winge 1982/6:8) Die Gehaltsangleichung führte im Laufe der Jahre oft zu Diskussionen, da nicht jede/r Mitarbeiter/in mit einer solchen Form der Gehaltsverteilung zufrieden war und sie als angemessen empfand. Wieso sollte zum Beispiel jemand, der drei Kinder hatte, mehr Geld verdienen, als jemand der alleine lebte, obwohl sie/er die gleiche Arbeit leistete. Trotz solcher Spannungen wurde dieses System bis zur kurzzeitigen Auflösung des Vereins 1988 aufrechterhalten und so gab es keinen Unterschied zwischen SekretärIn, ReferentIn und Geschäftsführer (es gab keine weiblichen Geschäftsführerinnen). (Winge 2015)

Die Arbeitsrotation im Verein bezog sich vor allem auf die Bereiche Telefondienst, Postgänge und den Putzdienst. Des Weiteren sollte es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglicht werden, selbst zu entscheiden, ob sie Vollzeit oder Teilzeit beschäftigt werden wollten. Zuletzt beinhaltete die besondere Arbeitsweise des ÖIE die Gewährleistung der freien Arbeitszeiteinteilung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soweit dies möglich war. Das hat auch noch bis heute Bestand.

Verständnis von Entwicklung im ÖIE gemäß der Grundsatzklärung

„Entwicklung ist national und international gesehen eine Einheit. Unterentwicklung in einem Teil eines Landes bzw. der Welt ist weitgehend das Ergebnis von Über- und Fehlentwicklung in anderen Teilen. Entwicklung umfaßt den ganzen Menschen und alle Menschen. Materielles Wachstum allein bedeutet nicht Entwicklung.“ (EPN 1979/4:28) Dies soll erreicht werden durch die „Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen“ (ebd.) , „Beseitigung der krassen Ungleichheit und Ungerechtigkeit bei Einkommen und Besitz“ (ebd.) und durch die „Beendigung gewaltsamer Herrschaft von Menschen über Menschen“(ebd.). (EPN 1979/4:28,29)

Im Verlauf von mehreren Versammlungen und durch den Meinungs austausch in den EPN konnten sich die Mitglieder schließlich auf diese Definition einigen. Der ÖIE ging von einer Notwendigkeit von „Entwicklung“ aus. Der „Norden“ wurde nicht als

Vorzeigebeispiel für Entwicklung dargestellt, da auch die Zustände in Industrieländern als problematisch betrachtet wurden. Ganz klar spiegelt sich der Grundtenor der internationalen Entwicklungspolitik der 1980er Jahre in der Definition des ÖIE wider, indem die Befriedigung der Grundbedürfnisse genannt wurden. Die Grundbedürfnisstrategie findet sich zu dieser Zeit in allen großen Organisationen (IWF, Weltbank) und meisten staatlichen Programmen wieder. Dabei bezieht sich der ÖIE auf alle Menschen und nicht allein auf den „Süden“. Ungleiche Einkommensverteilung, der Standpunkt, dass das Wirtschaftswachstum allein nicht ausreichend ist um Entwicklung zu fördern, und die Wechselbeziehung zwischen lokalen und globalen Einflüssen sind bezeichnend für die Position des ÖIE.

Zielsetzung des Vereins

Auszug aus den Statuten des Vereins §2. Zweck:

„Der Verein bezweckt

- (1) die Information der Öffentlichkeit über Entwicklungsprobleme und Entwicklungspolitik;
- (2) die Förderung der Auseinandersetzung mit Maßnahmen der Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit;
- (3) die Förderung, Durchführung, Koordination und Abstimmung von Maßnahmen entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit;
- (4) die Förderung der Kontakte zwischen verschiedenen Trägern dieser Arbeit; die Erarbeitung von Vorschlägen für eine gestärkte Kooperation und gegenseitige Abstimmung von Arbeitsprogrammen;
- (5) die Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit;
- (6) die Beteiligung an Maßnahmen der Entwicklungshilfe, sofern sie für entwicklungspolitische Informationsarbeit von Bedeutung sind.

(ÖIE-Vereinsstatuten 1979:1)

Die Gewährleistung und Bereitstellung von Information zu entwicklungspolitischen Themen hatte im Verein oberste Priorität. In ihrer Selbstdarstellung nehmen sich die Mitglieder nicht einfach als Vertreter der Zivilgesellschaft wahr, sondern verstehen sich als Portal, um den Wissenstransfer für die Zivilgesellschaft bereitzustellen und diesen zu fördern. Vor allem hinsichtlich der Kampagne „Entwicklung statt Rüstung“ wird auf diesen Punkt noch einmal Bezug genommen.

Arbeitsbereiche des ÖIE

Der ÖIE teilte seine Tätigkeit auf sieben unterschiedliche Arbeitsbereiche auf, deren Fokus auf der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, der Kampagnenarbeit und der Herausgabe der entwicklungspolitischen Nachrichten (EPN) lag. Dabei arbeitete der Verein in den Bereichen Jugend, Schule und Hochschule und wenn auch nicht konkret als eigener Bereich genannt, ebenso in der Erwachsenenbildung.

Arbeitsbereich - Entwicklungspolitische Nachrichten (EPN)

Die EPN wurden am 26.09.1979 zum ersten Mal mit der Ausgabe 0 publiziert. (EPN 1979:0) Von der damaligen Struktur, dem Aufbau und deren speziellen Transparenz ist im Nachfolgeorgan *Südwind* nicht mehr viel geblieben. Der Aufbau bestand in den ersten beiden Jahren aus dem Inhaltsverzeichnis und einem Editorial, gefolgt von Analysen und Berichten zu entwicklungspolitischen Themen und dazu gehörigen Kommentaren. In weiterer Folge fand die Leserin / der Leser einen Pressespiegel zu entwicklungspolitischen Themen, zusammengetragen aus den diversen (Tages-)Zeitungen Österreichs. Abschließend gab es meist ein oder zwei Seiten, die unter der Überschrift „ÖIE Intern“ liefen. In diesem Teil fanden Diskussionen zur Grundsatzklärungen des ÖIE statt (in den Jahren 1979/80), kritische Diskussionen über die Berichterstattung von einzelnen AutorInnen, LeserInnenbriefe und öffentliche Austragungen von Differenzen zwischen Mitgliedern des Vereins. Diese spezielle Form der Zeitungsgestaltung ermöglicht spannende Diskussionen und eine hohe Transparenz durch den intensiven Einblick in das interne Geschehen des ÖIE. Zugleich führte es aber auch dazu, dass nach außen ein inkongruentes Bild entstand. Dies war vermutlich auch der Grund, warum sich die Mitglieder des ÖIE bereits nach zwei Jahren von dieser Form der Transparenz verabschiedeten und fortan nur noch LeserInnenbriefe abdruckten.

Aufgrund dieser speziellen Form der Gestaltung werden die EPN zu einer der Hauptquellen für die Darstellung und Analyse der Kampagne. Wie schon eingangs erwähnt, existieren kaum noch andere Quellen. Der Autorin ist bewusst, dass dadurch keine lückenlose Darstellung möglich ist. Durch die damalige Transparenz der EPN und durch die Interviews lässt sich das Kampagnenmanagement trotzdem sehr gut erfassen.

Kampagnenarbeit

Die ersten Kampagnen, wie „Jute statt Plastik“ oder „Armut ist kein Schicksal. Armut wird gemacht“ wurden in enger Zusammenarbeit mit anderen Organisationen durchgeführt und lieferten einen wesentlichen Beitrag zur entwicklungspolitischen Bewusstseinsbildung in der österreichischen Bevölkerung.

„Jute statt Plastik“ war die letzte Kampagne des Jugendrats und fand ihre Weiterführung im Rahmen des ÖIE. Die Kampagne galt der Umweltproblematik, die durch den übermäßigen Plastikverbrauch für Einkaufstaschen entsteht, sowie der Aufklärung über prekäre Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen in textilen Produktionsstätten des globalen Südens. Das Ziel der Aktion war, die österreichische Bevölkerung über diese Thematiken aufzuklären und zu bewirken, dass mehr Stofftaschen genutzt und weniger Plastiktaschen verwendet würden. Im Rahmen der Kampagne wurden Stofftaschen aus Bangladesch, unter fairen Arbeitsbedingungen gefertigt, mit dem Aufdruck „Jute statt Plastik“ verteilt und verkauft. (vgl. DKA Homepage)

Die zweite Kampagne „Armut ist kein Schicksal. Armut wird gemacht“ hinterfragte das gängige Bild von „Armut“ und dessen Ursachen im globalen Süden. Mit der Verbreitung des Films „Septemberweizen“ und mit den „Hungermärchen“ konnte der Verein sich vor allem in den Medien Gehör verschaffen und erreichte dadurch eine breitere Bevölkerungsgruppe. (vgl. EPN 1980/7:1; EPN 1980/19,20: 24)

Kampagne „Entwicklung statt Rüstung“

Die Kampagne „Entwicklung statt Rüstung“ startete offiziell mit der *Wiener Dritten Welt Woche* 1982 und hatte aus Sicht des Vereins kein datiertes Ende. Das Ziel der Kampagne war die Aufklärung über die Problematik der weltweit steigenden Ausgaben für Rüstungsgüter und der Versuch, die damit zusammenhängenden negativen Auswirkungen für Menschen im Süden aufzuzeigen. Damit forderte der Verein dazu auf, an die Öffentlichkeit zu gehen. Die Zielgruppe war demnach nicht eingegrenzt.

Die meisten Aktionen fanden im Jahr 1982 statt. Nach der größten Demonstration der Friedensbewegung in Wien 1983 widmete sich der Verein verstärkt anderen Themen, wie dem Kampf gegen das Apartheidregime in Südafrika. Die nächste Kampagne „Solidarisch Handeln“ wurde 1985 präsentiert und schloss somit an die Kampagne „Entwicklung statt Rüstung“ an.

Aus Sicht des Kampagnenmanagements soll nun veranschaulicht werden, welche Stärken und Schwächen es in der Kampagne gab, welche Gründe dafür genannt werden können und warum die großen Kampagnenerfolge ausblieben. Zu diesem Zweck werden die Auswahl des Kampagnenthemas, das Umfeld, das Ziel, die Zielgruppe und die Maßnahmen zur Umsetzung beschrieben und analysiert. (vgl. Buchner; Friedrich; Kunkel 2006)

Als Einstieg soll zunächst der Kampagnenbegriff erklärt werden. Anschließend werden die Relevanz der Kampagne anhand des internationalen und nationalen Kontextes bewertet und mithilfe einer Umfeldanalyse die unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure sowie deren Einstellung zur Kampagne dargestellt. In der Analyse werden die Ziele, Zielgruppe und die Durchführung der Aktionen aufgegriffen.

Der Kampagnen-Begriff

Der Begriff *Kampagne* kommt eigentlich aus dem militärischen Bereich und bezeichnet den Feldzug im Krieg. Der heutige Begriff ist als „Eingriff in Kommunikationssysteme der Politik, der Gesellschaft und ins Marktgeschehen“ (Bernstorff 2012: 13) zu verstehen. Ein wesentlicher Unterschied zur ursprünglichen Bedeutung ist der Verzicht auf Waffen und die Anwendung von physischer Gewalt, stattdessen werden auf Worte, Slogans, Bilder, Aktionen und andere Werkzeuge zurückgegriffen, um an das Ziel zu

gelangen. Allerdings spielt, damals wie heute, die Strategie zur Zielerreichung eine wesentliche Rolle. (Bernstorff 2012:13)

Um diese Kampagne analysieren zu können, muss zunächst der Kontext, aus dem diese entstanden ist, betrachtet werden. Dafür wird in den folgenden zwei Abschnitten auf die internationalen und nationalen Rahmenbedingungen eingegangen.

Internationaler Kontext

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem darauf folgenden Ost-West-Konflikt begann zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion eine „symmetrische Konfrontation“ in Form des Wettrüstens mit nuklearen und anderen Waffen. (Münkler 2006:167) Zudem versuchten die beiden Hegemonialmächte eine hohe Anzahl an Verbündeten zu gewinnen. Dabei schlossen sich die anderen Staaten entweder dem kapitalistischen oder dem kommunistischen System an. Als dritte Gruppe agierten die blockfreien Staaten, die weder Verbündete noch Feinde eines dieser Lager waren und ihre Souveränität gesichert haben wollten. (Luif 1981: 17,18)

Die diskursive Differenzierung von „entwickelten“ und „unterentwickelten“ Ländern sowie von Industrie- und Entwicklungsländern (Kolland 2007:11,12) wurde zum Grundstein der Entwicklungshilfe, die es „Dritte Welt Ländern“ ermöglichen sollte, den „westlichen Standard“ zu erreichen. Diese politische Taktik ließ zudem eine Weiterführung der Einflussnahme auf ehemalige Kolonialstaaten zu, die ihre Unabhängigkeit erlangt hatten. Sie konnten mittels Entwicklungshilfe als Verbündete gegen den Osten gewonnen werden.

Des Weiteren führten Befreiungskämpfe, sowie Machtkämpfe in den sogenannten Entwicklungsländern zu einem Anstieg des Ankaufs von Rüstungsgütern. Im Jahre 1979 flossen 450 Milliarden US-Dollar in die Rüstung; im Vergleich dazu wurden nur 20 Milliarden US-Dollar an öffentlicher Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt. (Langthaler 1981/10:10)

Um auf diese Problematik aufmerksam zu machen, fand auf internationaler Ebene von 24. Oktober bis 31. Oktober 1980 die Abrüstungswoche der Vereinten Nationen statt. Daran nahmen auch VertreterInnen aus Österreich teil. (EPN 1981/10:25) Es folgten andere internationale Konferenzen und Treffen, vor allem unter dem Druck der

wiederbelebten Friedensbewegungen. Bei der Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen 1982 sprachen sich die 157 Delegierten der UNO für Abrüstung und Rüstungskontrolle aus. Dennoch wurde in diesem Rahmen verabsäumt, ein entsprechendes Abrüstungsprogramm zu verabschieden. Darüber hinaus gab es ab 1978 kaum Fortschritte zu verzeichnen, die die Abrüstung vorantrieben. „Ungewöhnlich kritisch äußerte sich der Präsident der UNO-Vollversammlung, der Iraker Ismat Kittani, zum Schlussbericht. Dieser zeige die tiefe Kluft zwischen dem, was die Menschen weltweit wünschten, und dem, wozu ihre Regierungen bereit seien.“ (APA 144 – AL 1980)

Friedensbewegungen in Österreich

Die internationalen Gegebenheiten des Ost-West-Konflikts, die Angst vor einer Bedrohung durch einen bevorstehenden Atomkrieg, sowie die Ablehnung der nuklearen Energiegewinnung durch einen großen Teil der europäischen Bevölkerung mobilisierten die Zivilgesellschaft und ließen eine starke Friedensbewegung entstehen. Anstoß für diese Mobilisierung in Österreich war größtenteils die Ablehnung des Nato-Doppelbeschlusses 1979. Dieser ließ die Aufstellung von US Mittelstrecken-Atomwaffen in Europa zu. So entstand die Möglichkeit, die UdSSR jederzeit anzugreifen. (Tanzer 2008:1; Ploiner 1990)

Dieses Vorgehen löste in der Bevölkerung Europas Angst aus, da sie sich als potentiell Opfer des Ost-West-Konflikts sahen. In Österreich kam die Ablehnung der atomaren Energie hinzu, die sich in der Volksabstimmung gegen das Kernkraftwerk in Zwentendorf 1978 äußerte, sowie die mediale Berichterstattung über die unrühmliche Rolle des „neutralen“ Österreichs als Rüstungsexporteur. Eine wesentliche Rolle spielten hier Meldungen über die Lieferung von Rüstungsgütern österreichischer Unternehmen nach Bolivien oder Chile. Vor allem der Export des Panzerjägers „Kürassier“, welcher nach Chile geliefert werden sollte, führte zu beträchtlichem Protest. Proteste und die Bemühungen diverser Organisationen (wie eben des ÖIE) führten zu politischen Maßnahmen der Regierung, die solche Geschäfte in Zukunft erschweren sollten. (Gusenbauer 1987: 58; Ploiner 1990:61,62)

Im Juni 1981 versammelten sich in Wien rund 5.000 Menschen zu einem

Friedensmarsch. Binnen zwei Jahren wuchs die Protestbewegung durch das stetige Engagement der Zivilbevölkerung und diverser Organisationen, Vereine, der Gewerkschaftsjugend, sowie durch des Bundesjugendrings. Schließlich fanden sich am 15.5.1983 in Wien 70.000 Menschen auf dem Rathausplatz zur bislang größten Demonstration der Nachkriegszeit ein. (AZ 1982(17.5):1,3)

Rüstungsexporteur Österreich

Österreich war 1979 eines der wichtigsten Industrieländer, die Rüstungsgüter in Länder des Südens exportierten. Als Hauptakteur fungierte der Staat – direkt oder indirekt. Die Liste der Firmen, die in der Produktion von Militärgütern aktiv waren, ist lang. Zu den Hauptexporteuren gehörten die Steyr-Daimler-Puch AG, die Vöest-Alpine AG, die Hirtenberger AG, die VEW, die südsteirische Metallindustrie, ÖAF – Gräf & Stift AG und die Swarovski-Werke. Von diesen Firmen waren die Vöest-Alpine AG und deren Tochterfirmen VEW und Schiffswerften AG in staatlichem Besitz. An der Steyr-DaimlerPuch AG hielt der Staat Mehrheitsanteile über den Creditanstalt-Bankverein, da dieser zu 60% im Staatseigentum stand. Ähnlich verhielt sich dies mit der Semperit AG. (Pilz 1982:65, 66) Es wird angenommen, dass 1978 Rüstungsware in Wert von 120 Millionen US-Dollar aus Österreich exportiert wurde, die 1,3% der gesamten österreichischen Exporte ausmachten. (Pilz 1982:13,14) Im gleichen Jahr flossen in Österreich im Jahr 1978 nur 0,27% des Bruttonationalprodukts in die Entwicklungshilfe. (Bundeskanzleramt 1982-1984: 23)

Österreichische Unternehmen, ob nun eine Verbindung zum Staat bestand oder nicht, profitierten von der Exportförderung durch die Kontrollbank des Bundes. Generell gibt es die Exportförderung in anderen ertragreichen Nischen ebenfalls, jedoch ist das Risiko von Zahlungsausfällen durch den Abnehmer geringer, als in der Rüstungsindustrie. Die Veränderung von Machtverhältnissen in einem Land, das sich in einer Krise befindet, beeinflusst den Handel mit Waffen. Ebenso sind die Zahlungsunfähigkeit eines Landes oder einer Rebellengruppe sowie der schlichte Unwille, für die Bezahlung aufzukommen, Risikofaktoren. Letzteres zeigte sich durch die Handelsbeziehung mit Drogenbaronen in Bolivien. Diese forderten weitere Lieferungen, bevor es überhaupt zu einer einzigen Zahlung kam. (Pilz 1982:73/74)

Die Exportförderung führte somit dazu, dass Unternehmen trotz der ausbleibenden Zahlungen das Geschäft als Gewinn verbuchen konnten. Da der Staat für den Zahlungsausfall aufkam, gab es für die Unternehmen keinen Grund, auf zivile Güter umzusteigen.

Die internationalen und nationalen Gegebenheiten verdeutlichen die Relevanz der ÖIE Kampagne „Entwicklung statt Rüstung“. Es war ein Thema, das sowohl auf internationaler wie auf nationaler Ebene virulent war und die Bevölkerung augenscheinlich beschäftigte.

Im nächsten Abschnitt sollen anhand der Umfeldanalyse die verschiedenen Akteurinnen und Akteure, die direkt oder indirekt Einfluss auf die Kampagne ausübten, dargestellt, und eine Einschätzung von möglichen Spannungsfeldern gegeben werden.

Umfeldanalyse

Umfeldanalysen werden durchgeführt, um im Vorfeld und oft während der Kampagne abschätzen zu können, wie unterschiedliche Akteure, ob nun direkt oder indirekt durch das Projekt betroffen, diesem gegenüber stehen. Dabei wird differenziert zwischen Akteurinnen und Akteuren, die dem Projekt positiv, neutral oder/und negativ gegenüber stehen. In weiterer Folge können Strategien entwickelt werden, um auf positive oder negative Rückmeldungen reagieren, und Machtverhältnisse einschätzen zu können. (vgl. Buchner; Friedrich; Kunkel 2006:143) In diesem Fall wird im Nachhinein beschrieben, welche Akteurinnen und Akteure für die Kampagne von Bedeutung waren und welche Konflikte womöglich schon im Vornhinein prognostiziert werden konnten. Die beschriebenen Akteurinnen und Akteure lassen sich generell in viele weitere Untergruppen einteilen und dürfen somit nicht als homogene Gruppe wahrgenommen werden.



Die Vereinten Nationen setzten sich bereits vor der ÖIE-Kampagne mit dem Zusammenhang von Rüstung und „Unterentwicklung“ auseinander. Somit kann hier gesagt werden, dass die Vereinten Nationen grundsätzlich als positiver Akteur aufgetreten sind.

Die Friedensbewegung bestand aus einer Vielzahl von Akteurinnen und Akteuren. Sie formierte sich aus politischen Parteien und ihren Jugendorganisationen, der Gewerkschaftsjugend, der Katholischen Jugend, der Österreichischen Hochschülerschaft, Vereinen und Privatpersonen. (Gusenbauer 1987:71) Ziele, Visionen und Sichtweisen, in welche Richtung sich die Friedensbewegung entwickeln sollte, divergierten unter den Akteurinnen und Akteuren stark. (vgl. ebd.) Ob negativ, neutral oder positiv: Es waren alle Kategorien zu finden. Negativ standen der Kampagne jene gegenüber, die durch sie ihre Interessen geschwächt oder vereitelt sahen oder andere Prioritäten setzten.

Grundsätzlich stellte die Kampagne auch eine indirekte Form der Anwaltschaft für die Zivilbevölkerung des globalen Südens dar. Schließlich sollte mehr Geld in deren „Entwicklung“ fließen als in die Rüstungsindustrie.

Zur letzteren Gruppe gehören vielen verschiedenen Akteurinnen und Akteuren mit unterschiedlichen Interessen. Obgleich das Anliegen der Kampagne den globalen Süden betraf, war dieser bei der Durchführung nicht vertreten. Das lag daran, dass die

Kampagne auf nationaler Ebene stattfand, die österreichische Regierung ansprechen sollte und diese aufforderte, Maßnahmen zu setzen, um „Entwicklung“ zu fördern und den Rüstungsexport zu stoppen. Zudem hatte der ÖIE keine speziellen Kooperationen im Rahmen der Kampagne mit Akteurinnen und Akteuren des globalen Südens.

Der Staat und die amtierende Regierung gehörten zur Gruppe jener, die von der Rüstungsindustrie profitierten und diese auch förderten. Andererseits waren sie auch Subventionsgeber für den ÖIE. Hier lassen sich bereits mögliche Spannungsfelder erkennen, die eine erfolgreiche Durchführung der Kampagne erschweren konnten.

Jene Unternehmen, die in der Rüstungsindustrie tätig waren, standen der Kampagne natürlich negativ gegenüber. Sie hatten kein Interesse an einer Umstellung der Produktion von Rüstung auf zivile Güter, weil dies eine betriebliche Umstrukturierung und angesichts der zu erwartenden Profite einen Verlust bedeutete.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Rüstungsindustrie in Österreich hatten Angst vor einem Jobverlust aufgrund eines möglichen Rückgangs der Rüstungsproduktion. Dieser Gruppierung Alternativen aufzuzeigen und sie für sich zu gewinnen, war für einen Kampagnenerfolg strategisch sinnvoll.

Medien spielten während der Kampagne ebenfalls eine wichtige Rolle. Sie üben durch ihre Berichterstattung großen Einfluss auf Politik und Öffentlichkeit aus. Hier stellt sich die Frage, welche Akteurinnen und Akteure am meisten Einfluss auf die Medien geltend machen können. Es wird im Medienbereich immer Akteure auf der Pro- oder Kontraseite geben, sowie diejenigen, die sich neutral geben oder auf andere Themen ausweichen. Eine Unterteilung der Medien in Kategorien, ist vor Beginn einer Kampagne anzuraten, um seine Mit- und Gegenspieler zu kennen und sich einen Strategieplan zurecht zu legen. „Wer ist Freund, wer Feind? Wie wird Person X reagieren? Wer wird überhaupt reagieren? Gibt es so etwas wie einen verdeckten Player, graue Eminenzen oder Seilschaften im Hintergrund.“ (Buchner; Friedrich; Kunkel 2006:153)

Die Einstellung des ÖIE gegenüber der Kampagne ist ebenfalls von Bedeutung, da „wenn alle am gleichen Strang in die gleiche Richtung ziehen und quer durchs Unternehmen die gleichen Inhalte und Symbole kommunizieren, dann potenziert das Dynamik, Erfolg und Teamgeist um ein Vielfaches“ (Buchner; Friedrich; Kunkel 2006:145).

Die Umfeldanalyse stellt einen wesentlichen Beitrag dar, vorab Stärken und Schwächen extern und intern ausmachen zu können. Somit können eine Reihe von Gefahrenquellen für die Kampagne vorher veranschaulicht und dementsprechend Strategien ausgearbeitet werden. Dennoch kann es immer zu überraschenden Ereignissen und unbeachteten Störfaktoren kommen. Durch eine Umfeldanalyse können diese aber deutlich minimiert werden.

Im folgenden Teil wird beschrieben, welche Ziele und welche Zielgruppe der ÖIE für seine Kampagne auswählte, welche Kampagnentypen für die Umsetzung ausgesucht wurden und welchen Einfluss das Umfeld auf die Kampagne hatte.

Ziel und Zielgruppe der Kampagne

Die Relevanz der Kampagne bestätigte sich durch die Situationsanalyse. Nun stellt sich die Frage, welches Ziel der ÖIE formulierte und welche Zielgruppe er anvisierte. Im Rahmen der EPN wird im Heft 1982 Nr. 2 auf Seite 3 das Ziel der Aktion „Entwicklung statt Rüstung“ wie folgt beschrieben:

„[...] die neue Aktion ENTWICKLUNG STATT RÜSTUNG, die sich als Weiterführung der Hungeraktion versteht, [will] über die Ursachen des Hungers in der Welt und des Aufrüstens Informationen verbreiten, und ein Bewusstsein schaffen, daß Hunger und Unterentwicklung keine selbstverschuldeten Schicksale sind, sondern Folgen kalkulierter Interessen.

Die Aktion will aber nicht nur Hintergründe und Zusammenhänge erläutern, und nicht nur zu einem entwicklungspolitisch bewußten Handeln anregen, sondern vielmehr zeigen, daß es notwendig ist, die Aktivitäten für Frieden und Abrüstung mit entwicklungspolitischen Aktivitäten zu verbinden.“ (EPN 1982/2:3)

Es entsteht zunächst der Eindruck, es handle sich um eine Informationskampagne, deren Ziel die Aufklärung über die Problematik der Rüstung und deren Bedeutung für die Entwicklungspolitik ist. Durch den Anschlusssatz wird der zivilgesellschaftliche Charakter der Kampagne deutlich. Es handelt sich um eine Mobilisierung der Bevölkerung, die Druck auf die Politik ausüben soll (vgl. Bonse, Drath u.a. 2009:375). Informations- und Bildungsarbeit wird für die Bevölkerung geleistet und soll, wie hier beschrieben wurde, zu „einem entwicklungspolitisch bewussten Handeln anregen“ (EPN 1982/2:2). Es steht nicht nur die Erweiterung des Wissens und die

Informationsgenerierung im Mittelpunkt, sondern auch eine Form der Aufforderung zum Protest. (Bonse, Drath u.a. 2009: 375)

Der Slogan der Kampagne kann des Weiteren als eine direkte Forderung an die Politik verstanden werden und er unterstreicht somit den zivilgesellschaftlichen Charakter der Kampagne. Dies spiegelt sich auch in der formulierten Notwendigkeit „Frieden und Abrüstung mit entwicklungspolitischen Aktivitäten zu verbinden“ wider (ebd.).

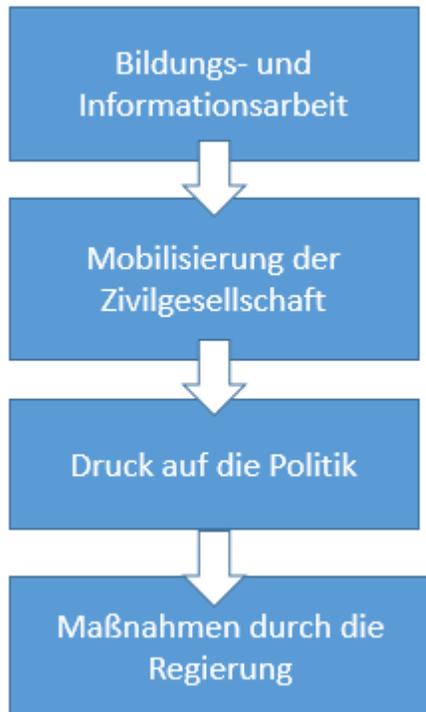
Da es sich bei der von der ÖIE initiierten Kampagne nicht um eine internationale Aktion handelte – wenn auch der Diskurs international vorhanden war – sondern um eine in Österreich durchgeführte Kampagne, zielte diese hauptsächlich auf den österreichischen Staat ab. Zu dieser Zeit (wie schon im Kapitel „nationaler Kontext“ beschrieben) war der Staat ein wichtiger Partner der Rüstungsexporteure. Zugleich stellte er die finanziellen Mittel für die öffentliche Entwicklungshilfe zur Verfügung, die im Vergleich mit der Exportförderung in der Rüstungsindustrie und dem Gewinn durch indirekte Beteiligung an Unternehmen eine sehr geringfügige Größe darstellten. Des Weiteren hatte der Staat auch die Möglichkeit, durch Gesetze den Rüstungsexport zu steuern oder zu verhindern und Anreize für andere Exportproduktionen zu schaffen.

Es lassen sich somit zwei Endziele identifizieren:

- Erstens die Informations-, Bildungs-, und Öffentlichkeitsarbeit („möglichst vollständige kontextuelle Aufklärung über einen Sachverhalt“ (Bonse, Drath, Volker 2009:375)
- sowie zweitens die Mobilisierung der Zivilgesellschaft, um Druck auf die Politik auszuüben.

Es handelte sich also um eine Informations- und Bildungskampagne, sowie um eine zivilgesellschaftliche Kampagne. Demnach soll durch die Bildungs- und Informationsarbeit des ÖIE die Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung gestärkt werden. Das sollte eine Mobilisierung der Zivilbevölkerung bewirken, die Druck auf die Politik ausübt und zu neuen Regierungsmaßnahmen anregt.

Grafisch wie folgt dargestellt:



„Entwicklung statt Rüstung“ als Informations- und Bildungskampagne

Das erste Ziel des Vereins war laut EPN die Informations- und Bildungsarbeit rund um das Thema „Rüstung und Entwicklung“. Als Zielgruppe wurde die gesamte Zivilbevölkerung angesprochen. Hier ging es dem ÖIE um einen umfassenden Informationstransfer und darum, Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung herbeizuführen.

Der ÖIE erstellte hierfür in Zusammenarbeit mit anderen Jugendorganisationen einen Baukasten zu „Entwicklung statt Rüstung“. Dieser Baukasten beinhaltete vier Themenblöcke: „Rüstungswahnsinn“, „Bombengeschäfte“, „Waffen aus Österreich“ und „Entwicklung statt Rüstung“. Das Material ist sehr ausführlich und bietet diverse Möglichkeiten, diese Themen im Unterricht oder in anderen Räumen auf vielfältige Art und Weise zu behandeln, beispielsweise in Form von Puzzeln, Rollenspielen, Theateraufführungen, Ausstellungen etc. Passend dazu bot der ÖIE ein

Methodenseminar für JugendleiterInnen, LehrerInnen und ReferentInnen an. (vgl. Baukasten 1982)

Eine weitere Tätigkeit des ÖIE war die Verbreitung von Broschüren im „Arbeitsbereich Materialien“. Bereits 1982 wurden hier 3.000 Broschüren an interessierte Personen ausgesendet. Die Kartei der Pädagoginnen und Pädagogen, die entwicklungspolitisch interessiert waren, umfasste zu dieser Zeit rund 4.000 Personen. (EPN 1982/6:12)

Im „Arbeitsbereich Jugend“ versendeten die Verantwortlichen monatlich Infomaterialien an 500 SchülerInnen- und Jugendzeitungen. Es gab 100 Rückmeldungen, dass diese Zusendungen auch tatsächlich in den Publikationen veröffentlicht wurden. Somit konnte der ÖIE hier ein breiteres Publikum erreichen als im Alleingang. (EPN 1982/6:12,13)

Der „Arbeitsbereich Hochschulen“ versuchte mit Hilfe unterschiedlicher Ansätze das Interesse für entwicklungspolitische Themen an den Universitäten zu steigern, da dieses anscheinend noch schwach ausgeprägt war. (EPN 1982/6d:14) Die zuständigen Referentinnen und Referenten in diesem Bereich sahen vor allem in den Informationswochen, die an verschiedenen Universitäten stattfanden, eine wirksame Möglichkeit, neue Interessierte für das Thema zu gewinnen. So wurden auch zur Thematik „Entwicklung statt Rüstung“ eine Informationswoche veranstaltet und in diesem Rahmen Vorträge angeboten, Filme gezeigt, Arbeitsgruppen gebildet, sowie eine Podiumsdiskussion geführt. (ebd.)

Zuletzt fungierte die EPN als Informationstool, durch das sich Leserinnen und Leser über die verschiedenen Betrachtungswinkel bezüglich der Problematik von Rüstung und ihren negativen Folgen für den globalen Süden informieren konnten.

Da es keine Belege dafür gibt, wie oft der Baukasten produziert bzw. ausgeliehen wurde, und wie viele Seminare abgehalten wurden, ist es schwer auf die Breitenwirksamkeit dieser Informations- und Bildungsinitiative zu schließen. Den Einflussbereich von Informations- und Bildungsarbeit zu messen ist generell ein aufwendiger Prozess und stellt vor allem für NGOs eine große Herausforderung dar. Das liegt vor allem am Mangel an finanziellen Ressourcen und Kapazitäten innerhalb der Organisation. (vgl. Buchner; Friedrich u.a. 2006)

Im Bildungsbereich erzielt die Auseinandersetzung mit einem Thema meist ein

Multiplikationseffekt, da neu erhaltenes Wissen – vor allem mit aktuellem Bezug – mit Freunden, Bekannten und/oder der Familie geteilt wird und das Umfeld so, je nach Interesse, über dieses Thema diskutiert.

Mit der Informationskampagne erfüllte der ÖIE zunächst seinen selbst verfassten Hauptauftrag, nämlich Bildungs- und Informationsarbeit hinsichtlich entwicklungspolitischer Themen zu leisten. Bei der Vorstellung der Kampagne gab es keine Zielgruppe. Generell ist es bei Bildungs- und Informationskampagnen üblich, die gesamte Bevölkerung anzusprechen. (Bernstorff 2012: 56) Die genutzten Kanäle für den Wissenstransfer waren vielfältig. Durch das vorliegende Material kann angenommen werden, dass hauptsächlich LehrerInnen, Studierende, SchülerInnen, EPN-LeserInnen, Mitgliedsorganisationen und andere bereits interessierte Personen vom Verein erreicht wurden. Interessanterweise konnte kein Hinweis dafür gefunden werden, dass gezielt ArbeiterInnen der Rüstungsindustrie angesprochen werden sollten, um diese verstärkt über die Problematik aufzuklären und ihnen somit die Angst vor einem Jobverlust zu nehmen.

Effektiv sprach die Kampagne die Zielgruppen der einzelnen Arbeitsbereiche des ÖIE an. Diese konnten durch aufgebaute Kanäle gut bedient werden, die Aktivitäten waren aber dadurch in ihrer Reichweite eingeschränkt und es wurden wichtige Gruppierungen ausgeschlossen.

Besonderheit der Bildungskampagne – Baukasten „Entwicklung statt Rüstung“

Die Besonderheit dieser Informations- und Bildungskampagne stellt die Herausgabe des Baukastens „Entwicklung statt Rüstung“ dar. Durch verschiedene didaktische Methoden sollte die Komplexität und Vernetzung von lokal und global veranschaulicht werden. Die entwicklungspolitische Bildung hatte zum Ziel aufzuzeigen, dass individuelle, gesellschaftliche, wirtschaftliche oder/und politische Entscheidungen auf lokaler und nationaler Ebene globale Auswirkungen haben und diese wiederum auf lokaler Ebene Entscheidungen beeinflussen. Entwicklungspolitische Bildung entstand in den 1970er Jahren aus der Praxis heraus und spielte, sowohl international als national, eine wesentliche Rolle für die Herausbildung des pädagogischen Konzeptes des Globalen

Lernens in den 1990ern. (Paschke 2011:29-34)

Die Wahrnehmung des „Selbst“ als *Global Citizen* lebend in einer Weltgesellschaft und der damit verbundene Aufruf gegen vorhandene ungerechte lokale und/oder globale Verhältnisse aufzutreten, gehörten zur Weltsicht und dem Selbstverständnis des ÖIE. Das erklärt, warum der ÖIE nicht nur eine Informations- und Bildungskampagne anstrebte, sondern zudem eine zivilgesellschaftliche Kampagne initiierte. Zudem zeigt es die Vorreiterrolle des ÖIE in diesem Bereich in Österreich auf. Er leistete einen maßgeblichen Beitrag zur strukturellen Verankerung des Bildungskonzeptes „Globales Lernen“ in Österreich.

„Entwicklung statt Rüstung“ als zivilgesellschaftliche Kampagne

Bereits im Rahmen der Bildungs- und Informationskampagne zeigte sich der zivilgesellschaftliche Charakter der Kampagne. So wird beispielsweise in der Einleitung des Baukastens „Entwicklung statt Rüstung“ die Bedeutung des aktiven Engagements unterstrichen: „Unser Anliegen ist, daß ihr euch nicht nur in eurer Gruppe mit den Inhalten des Baukastens auseinandersetzt, sondern damit auch an die Öffentlichkeit geht.“ (Baukasten 1982: Einleitung)

Da die Kampagne „Entwicklung statt Rüstung“ sehr komplex in ihrer Thematik ist und viele Dimensionen beinhaltet, ist eine Informations- und Bildungskampagne ein interessanter Ansatz. Es stellt sich aber die Frage, ob sich diese auch mit einer zivilgesellschaftlichen Kampagne verbinden lässt. (vgl. Chris 2010:32)

Wichtig ist, dass der Zivilgesellschaft Raum zur Mobilisierung und das Gefühl der Macht zum Wandel vermittelt wird nachdem Wissen zum Schwerpunkt „Entwicklung statt Rüstung“ generiert wurde. Das bedeutet, es müssen konkrete Aktionen angeboten, kurz- und mittelfristige Ziele fixiert und ein/e AdressatIn ausgewählt werden, um Druck auf die Politik ausüben zu können. Andernfalls führt dies zu Frustration und einem Ohnmachtsgefühl in der Zielgruppe. (Bonse u.a. 2009:377, vgl. Chris 2005: 24)

Bei Bildungs- oder Informationskampagnen, die sich beispielsweise um Themen wie De-Radikalisierung, Verhütung oder Impfungen drehen, kann durch die Bewusstseinsbildung das Verhalten des Einzelnen beeinflusst und – bereits durch das

Ansetzen bei der eigenen Person – ein Wandel bewirkt werden. Ein aktives Handeln tritt vor allem dann ein, wenn das Thema für einen selbst von Relevanz ist. (Bernstorff 2012:64)

Bei einer Kampagne wie „Entwicklung statt Rüstung“, die auch einen zivilgesellschaftlichen Charakter hat und über die eigenen Interessen des Individuums hinausgehen, müssen Folgeaktionen geboten,- oder auf Gruppen verwiesen werden, die solche anbieten. So haben interessierte Personen tatsächlich die Möglichkeit sich gemeinsam zu engagieren. (vgl. Bonse u.a. 2009)

„This is the beauty of campaigns: they enable people to act together. (Chris 2005: 55)

Aktionen des ÖIE im Rahmen der Kampagne

Der ÖIE zeigte sich bemüht, in unterschiedlichster Weise aktiv zu sein: durch die Präsenz auf der *Wiener Dritten Welt Woche*, Demonstrationen der Friedensbewegungen, durch die Unterstützung von Forderungskatalogen, die Verteilung von Stickern und Jutetaschen, sowie durch die Veröffentlichung der EPN.

Als erste Aktion präsentierte sich der ÖIE selbst während der *Wiener Dritten Welt Woche*, die als offizieller Kampagnenauftritt galt. Hier wurden 32 Veranstaltungen mit 18 entwicklungspolitischen Organisationen und Gruppen durchgeführt. Das Ziel war „ein öffentliches Problembewusstsein über die Ursachen und Auswirkungen der weltweiten Aufrüstung und des Waffentransfers – vor allem in den Entwicklungsländern“ zu schaffen (EPN 1982/3:19)

Am Ende dieser Woche wurde ein Forderungskatalog durch die teilnehmenden Gruppen und Institutionen erstellt. Die Forderung war die „Einstellung der Waffenexporte an Militärdiktaturen und nach der Umrüstung und Unterstützung des UN-Vorschlags, ein internationales Meldesystem über allen Gebrauch militärischer Güter und Mittel zu schaffen.“ (EPN 1982/3:19,20) Hervorzuheben ist, dass es dabei keine direkten Forderungen betreffend das Thema „Entwicklung im Zusammenhang mit Entrüstung und Frieden“ gibt. Am ehesten kann die Umstellung von Rüstungsgütern auf zivile Güter hierbei in den Themenbereich „Entwicklung“ fallen. Denn durch eine Umstellung könnten nützliche Güter für Märkte im Süden produziert werden.

Allerdings formulierte der ÖIE als Verein keine konkreten Forderungen in Verbindung

mit der Abrüstung die öffentlichen Entwicklungsgelder zu erhöhen, spezielle entwicklungspolitische Programme zu unterstützen oder wirtschaftliche Verträge, die zum Nachteil für den globalen Süden waren, anzufechten. Das lag auch daran, dass sich hier eine Vielzahl von Organisationen einig werden musste. So wurden viele Forderungen verworfen, nur um gemeinsam zu einem Kompromiss – dem kleinsten gemeinsamen Nenner – zu gelangen. Dadurch verlor aber die Thematik „Entwicklung statt Rüstung“ an Kraft und geriet in den Hintergrund.

In der Friedensresolution der *Burgenländischen Friedensinitiative* von April 1982 (EPN 1982/4:19), die laut ÖIE ebenfalls durch eine der eigenen Regionalstellen „angeregt“ wurde, scheint der ÖIE nicht als Initiator auf, sondern Mitglieder-Organisationen des ÖIE. (ebd.)

Der Inhalt der Friedensresolution teilt sich in drei Abschnitte. Der erste Abschnitt formuliert die Ängste der Initiatoren vor:

- der Produktion aller Formen von Waffen
- den Unterstützern des Wettrüstens und des Waffenexports
- Exporten von Waffen in totalitäre Staaten
- Europa als Schauplatz des Ost-West-Konflikts sowie die Angst, dass durch den Anstieg und die Konzentration auf den Rüstungsbereich immer mehr Menschen Hunger leiden müssten. (EPN 1982/4:19)

Daran schließt die Feststellung betreffend die aktuelle Lage. Die Verbindung zwischen Rüstung und Entwicklung wird durch den Hinweis illustriert, dass 500 Milliarden US-Dollar in die Rüstungsindustrie flossen und zur gleichen Zeit täglich weit mehr als 100.000 Menschen an Hunger sterben und über eine Milliarde Menschen arm und vom Hungertod bedroht sind. (EPN 1982/4:20)

Im letzten Abschnitt wendet sich die Initiative mit folgenden Forderungen an die Öffentlichkeit: Die Beseitigung aller atomarer, biologischen, chemischen und konventionellen Waffen, der Stopp des Baus der Neutronenbomben, der Abbau der Rüstungsproduktion, keine weitere Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker gegen politische, militärische und wirtschaftliche Interventionspolitik, die umfassende Friedenserziehung, die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile und vor allem sozial nützliche Güter, Solidaritätsfonds für Arbeitnehmer in der Rüstungsindustrie, keine Gewaltverherrlichung, mehr

Bemühungen durch die Bundesregierung und die Medien, um Frieden und Abrüstung sowie die Einstellung der österreichischen Waffenexporte voran zu treiben.(ebd.)

In den ersten beiden Abschnitten wird noch stark der Konnex von Rüstung und Hunger angesprochen. Im Forderungskatalog verringert sich dies auf die bereits oben erwähnte Forderung der Umstellung auf zivile Güter und zusätzlich das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Diese Forderungen formulieren Wünsche über ein fernes Ziel; sie sind keine kurzfristigen und mittelfristigen Forderungen, die im Rahmen einer Kampagne tatsächlich erreichbar sein könnten und sprechen keine Politiker direkt an. (Buchner; Friedrich; Kunkel 2006:164; Bonse u.a.2009:377) Die Forderungskataloge, die durch den ÖIE unterstützt wurden, zeigten zwar einen entwicklungspolitischen Charakter, aber meist wurde dieser nicht klar kommuniziert, divergierte und geriet dadurch in den Hintergrund.

Evaluierung der Kampagne

Kommunikation der Kampagneninhalte

Es steht außer Frage, dass erst durch Abrüstung und Frieden eine gewisse Entwicklung möglich ist und hier eine untrennbare Verknüpfung besteht. Es ist allerdings unabdingbar für die Entwicklungspolitik, ebenso mittelfristige Ziele zu formulieren – speziell, wenn eine Kampagne unter diesem Slogan geführt wird.

Wenn die Vernetzung der Themen nicht angemessen nach außen artikuliert wird, entsteht der Eindruck, dass sie separat voneinander behandelt werden sollten. Diese Befürchtung teilte 1983 Wulf in seinem UN-Bericht zu „Rüstung und Unterentwicklung“ mit: „Wir haben kaum begründete Hinweise dafür – sollten Abrüstungserfolge trotz aller schlechten Erfahrungen der Vergangenheit erzielt werden, – daß die freiwerdenden Mittel tatsächlich für Entwicklung eingesetzt werden. Deshalb kann man gelegentlich auch die Meinung hören, die beiden an sich schon komplizierten Probleme von Abrüstung und Entwicklung sollten nicht miteinander verknüpft werden, um Lösungsmöglichkeiten nicht noch schwieriger zu gestalten.“ (Wulf 1983:20)

Diese Aussage veranschaulicht, dass nicht nur auf nationaler sondern ebenso auf internationaler Ebene eine Verbindung dieser beiden Thematiken schwer durchsetzbar war. In solchen Diskursen spielen Interessen der verschiedensten Akteurinnen und Akteure eine einflussreiche Rolle. Zudem wird die Entwicklungspolitik in vielen Regierungen als geduldeter aber wenig beachteter Bereich behandelt.

Der ÖIE reflektierte in einer der EPN-Ausgaben selbst über die Fortschritte und die Wahrnehmung der Kampagne: „Das Thema Frieden und Abrüstung nimmt weiterhin in der Öffentlichkeit breiten Raum ein, allerdings wird nur selten, der vom ÖIE vertretene Zusammenhang von „Entwicklung statt Rüstung“ erwähnt, auf den wir uns in der Berichterstattung hauptsächlich beschränken.“ (EPN 1982:2/21)

Dies kann auf mehrere Gründe zurückgeführt werden: Die Friedensbewegung war die Hauptbewegung und der ÖIE mit seiner Kampagne „Entwicklung statt Rüstung“ war nur ein kleiner Teil davon und hatte keine Führungsposition inne; somit war die Kampagne von Anbeginn an eher im Hintergrund angesiedelt. Des Weiteren war die Entwicklungspolitik, und sie ist es bis heute, ein wenig beachteter Bereich der

österreichischen Politik. Insofern ist der Ansatzpunkt einer Bildungs- und Informationskampagne durchaus nachzuvollziehen, da erst einmal ein Bewusstsein für diese Thematik gebildet werden musste, um eine kritische Masse zu generieren und eine zivilgesellschaftliche Kampagne zu führen. Zudem, wie der ÖIE selbst meinte, war es schwierig die beiden Themen Entwicklung und Rüstung verknüpfend darzustellen. Nicht zuletzt kann das auf die fehlenden mittelfristigen Ziele der Kampagne und damit die fehlenden klare Forderungen an politische Akteurinnen/Akteure zurückgeführt werden.

ÖIE – interne Kommunikation

Es stellt sich die Frage, warum der ÖIE als Verein nicht klare Forderungen aufstellte und diese nach außen transportierte. Als Grund dafür können divergierende Vorstellungen über angestrebte Forderungen innerhalb des Vereins genannt werden. Dies spiegelt sich beispielsweise in der Grundsatzklärung des Vereins wider, in den Publikationen und den damit verbundenen unterschiedlichen Positionen von vorgeschlagenen Maßnahmen der Mitglieder und anderer Autorinnen und Autoren im Rahmen der EPN und bestätigt sich durch die subjektive Wahrnehmung eines ehemaligen aktiven Mitglieds des ÖIE.

Die Definition in der Grundsatzklärung zu „Entwicklung“ zeigt, dass ein reflektierter Ansatz zur Definition von „Entwicklung“ vorhanden ist. Zur Beantwortung der Frage, wie diese „Entwicklung“ erreicht werden soll, geht der ÖIE auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse, Aufhebung der Einkommens- und Eigentumsungleichheiten sowie auf die Beendigung der Gewalt ein. Westliche Länder nehmen dabei nicht eine Vorbildrolle ein, sondern leiden demnach unter einer „Überentwicklung“. Wie diese Ziele erreicht werden sollen, beschreibt der ÖIE nicht.

Grundsätzlich ist eine fehlende Anleitung zur Erreichung dieser Ziele nicht zu kritisieren. Es zeigt, dass der Verein unterschiedliche Wege und Lösungen zuließ und nicht den einen einzigen Weg bzw. ein spezielles Modell propagierte. Zugleich zeigt dies die Grundproblematik der Kampagne „Entwicklung statt Rüstung“. Einerseits wollte der Verein Abrüstung und Entwicklung miteinander verbinden, konnte oder durfte andererseits nicht sagen, welche Maßnahmen es für diese „Entwicklung“ brauchte.

Im Rahmen der EPN präsentierten verschiedene AutorInnen unterschiedliche Lösungsansätze. Da diese Stellungnahmen unter deren Namen veröffentlicht wurden,

stellen sie, wie auf der ersten Seite der EPN abgedruckt, nicht unbedingt die Meinung des Vereins dar. (EPN 1979:0:0)

Folgende Lösungsvorschläge wurden im Rahmen der EPN vorgestellt, liefen unter einem Autorinnen oder Autorennamen (oft waren darunter Mitglieder des ÖIE vertreten) und werden hier zusammengefasst zitiert (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

eine Rüstungssteuer für Entwicklungsländer, die Forschung zur Umrüstung auf zivile Produkte fördern, ein Investitionsanstoß für die Grundbedürfnisstrategie, die Umwandlungsmodelle für Betriebe (in der Rüstungsindustrie), eine Anhebung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,7% des BNP, der Marshallplan für die „Dritte Welt“, auf Wünsche der Dritten Welt eingehen, ein Solidaritätsfonds (für ArbeiterInnen in der Rüstungsindustrie), gerechte Austauschbedingungen (*terms of trade*), der Alternativhandel, die Sondersteuer (Waffenproduktion), die Entwicklungshilfe als Übergangslösung zur Selbsthilfe, das Verbot von Rüstungsexporten an Länder, in denen die Menschenrechte verletzt werden (letzteres steht ohne Nennung des/der AutorIn und kann somit als Position des Vereins wahrgenommen werden). (EPN 1981/10:10ff; EPN 1982/2:9ff; EPN 1982/6)

Meinrad Winge, der aktiv an der Kampagne beteiligt war, meinte dazu:

„es ist wirklich sehr um Bewusstseinsbildung gegangen (...) Im Grunde war schon das Ziel diesen Zusammenhang stark klar zu machen und letztlich für die Entwicklungszusammenarbeit auch zu werben oder diesen Gedanken auch mit hineinzubringen. Aber es war immer ein Gemisch – der ganze ÖIE, des war auch das Spannende, (...) auf der einen Seite waren 'rückgekehrte Entwicklungshelfer, und (..) die Erhöhung der Entwicklungshilfe eine Forderung und auf der anderen Seite waren Menschen, die eigentlich von EZA und Entwicklungshilfe nicht fürchterlich was gehalten haben (...) und da war so eine Spannung, ja und es war in Wirklichkeit noch komplexer (...)“ (Winge 2014)

Die genannten Vorschläge im EPN und die persönliche Sicht von Meinrad Winge auf die damaligen Ereignisse verstärken den Eindruck, dass im Vordergrund die Bewusstseinsbildung stand und hinsichtlich den Forderungen an die Politik im Rahmen des ÖIE unterschiedliche Auffassungen existierten. Offensichtlich war es intern nicht möglich, sich gemeinsam auf konkrete Forderungen zu einigen oder gar nicht erwünscht. Dies ist für eine Bildungs- und Informationskampagne nicht weiter tragisch da diese unterschiedliche Lösungsansätze begrüßt. Für eine zivilgesellschaftliche Kampagne ist ein einheitliches Bild nach außen von Bedeutung, ebenso wie die Formulierung von konkreten Forderungen und Zielen. Andernfalls gehen bei den

interessierten Personen unterschiedliche und divergierende Nachrichten ein, die dann eine Zuordnung und Mobilisierung schwierig machen und Kampagnenerfolge erschweren. (vgl. Chris 2005:20,21; Bonse u.a. 2009:377)

„In der Kampagnenarbeit werden „(...) interne Faktoren (...) leider oft übersehen, oder es wird ihnen zu wenig Bedeutung zugemessen. (...) Die Rahmenbedingungen sollten sie also vorher klären um ihre Kraft für den Output zu nützen und sie nicht an einen inneren Prozess zu „vergeuden“(...)“ (Buchner; Friedrich; Kunkel 2006: 145)

Das nächste Kapitel widmet sich der Reaktion auf die Kampagne und somit spielt hier erneut die Umfeldanalyse, die anfangs abgebildet wurde, eine wichtige Rolle. Kampagnenerfolge sind von vielen Faktoren abhängig und können, selbst wenn an scheinbar alles gedacht wurde, durch äußere und innere Einflüsse, einen Zufall oder das Aufkommen akuter Themen schnell minimiert werden. (vgl. Buchner;Friedrich;Kunkel 2006)

Reaktion auf die Kampagne durch die Regierung

Die Umfeldanalyse veranschaulichte, dass die Regierung eine Gefahrenquelle für den Erfolg der Kampagne darstellte. Auf der einen Seite war der Staat am Waffenexport beteiligt und auf der anderen Seite stellte er die finanziellen Ressourcen für den ÖIE bereit. Der ÖIE muss sich dieser Situation bewusst gewesen sein. Hätte der ÖIE sich entschlossen, keine Position zu diesem Thema zu beziehen, hätte der Verein damit kommuniziert, dass die Rolle „Österreichs als Waffenexporteur“ als unproblematisch zu sehen war, dass es für den ÖIE keinen Zusammenhang zwischen Rüstung und den prekären Situationen im globalen Süden gäbe und es wäre der Eindruck entstanden, dass der Verein schwierigen Themen aus dem Weg ginge, um seinen Subventionsgeber - die Regierung - nicht zu verärgern. Denn, wie es Watzlawick in seinem 1. Axiom formuliert: „Man kann nicht nicht kommunizieren.“ (Watzlawick Homepage)

Bereits unter Kreisky kam es 1982 zu einer Budgetkürzung für den ÖIE von 2,2 Millionen Schilling. Dabei ging es hier vor allem um Einsparungen im Bereich der Kampagne „Entwicklung statt Rüstung“. (Trinks 1982/5: Beilage)

Mit dem gekürzten Budget war es nicht mehr möglich, eine breite Informations- und

Bildungskampagne und eine zivilgesellschaftliche Kampagne in einem angemessenen Ausmaß zu bedienen. (EPN 1982/5: Beilage) Obmann Ulrich Trinkts schreibt in diesem Zusammenhang an die LeserInnen und UnterstützerInnen des EPN:

„Es ist uns wohl bewußt, daß trotz der bisher sehr guten Zusammenarbeit mit den Beamten der Gruppe Entwicklungshilfe im Bundeskanzleramt manche für die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit relevanten Themen, die ausreichende Förderung unserer Arbeit durch die – sowohl für die Verstaatlichte Industrie, als auch die Entwicklungshilfe – zuständige Sektion im Bundeskanzleramt erschweren. Es kann auch sein, daß es noch nicht genügend gelungen ist, den grundlegenden Zusammenhang zwischen Rüstung und Unterentwicklung ausreichend darzustellen (...).“ (EPN Trinkts 1982/5 – Beilage)

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Regierung wenig Interesse daran hatte, eine Kampagne zu fördern, die wider die eigenen Interessen verlief. Des Weiteren wurde jedoch die eigene Tätigkeit durchaus auch reflexiv betrachtet. Erneut zeigt sich, dass der ÖIE sich dessen bewusst war, dass die Verbindung der Thematik von Abrüstung und Entwicklung nicht ausreichend nach außen vermittelt wurde. Dennoch kam es zu einer Änderung des Waffenausfuhrgesetzes – nicht zuletzt durch die Bemühungen des ÖIE und die Berichterstattung durch die EPN betreffend Waffenlieferungen an Regierungen, die Menschenrechte verletzen. Im Sommer 1982 brachte eine Novellierung die „Menschenrechtsklausel in das Kriegswaffenausfuhrgesetz“. (APA 136 ID 1982) Dabei fehlte allerdings eine Einführung von Lizenzen, um Lieferwege besser kontrollieren zu können, und die Novelle klammerte Schusswaffen aus. (ebd.)

Im gleichen Jahr gab es auch eine kleine Anhebung der staatlichen Entwicklungshilfe von 0,34% auf 0,36% des Bruttonationalprodukts. Im Jahr darauf, unter der Regierung Sinowatz mit der FPÖ als kleinem Koalitionspartner, machte der Anteil der Entwicklungshilfe jedoch wieder eine großen Sprung nach unten. (Bundeskanzleramt 1982-84:23)

Medienresonanz

Die Kampagne „Entwicklung statt Rüstung“ und der Slogan fanden in Zusammenhang mit dem ÖIE kaum Erwähnung – dies ergab die APA-Recherche. Der Slogan taucht meist in Verbindung mit unterschiedlichen VertreterInnen des Bundesjugendrings auf. Fritz Svihalek von der Gewerkschaftsjugend, sowie Walter Schneider-Schwarzbauer, der

Vorsitzende des österreichischen Bundesjugendrings und Vertreter der Katholischen Jugend, setzten sich für die Bedürfnisse der „Dritten Welt“ ein und stellten die Abrüstung in Kontext zur Ernährungssicherheit. Des Weiteren wurde auch die Bedeutung der Umrüstung auf zivile Güter mehrmals unterstrichen. Somit lassen sich hier Inhalte und Forderungen der ÖIE Kampagne durch die Kommunikation der VertreterInnen der Bundesjugendringe in der Kommunikation nach außen finden, aber sie werden nicht konkret mit dem ÖIE in Verbindung gebracht. (APA 137-ID 1983)

Ebenso erscheint die Junge SP-Wien in den Medien mit dem Slogan „Entwicklung statt Rüstung“ und startete auch eine Aufklärungsaktion auf den Straßen Wiens. (APA, Parteiaussendung 1982) Somit entsteht hier wieder verstärkt der Eindruck, dass sich der ÖIE trotz seines kommunizierten Willens als zivilgesellschaftlicher Akteur aufzutreten, eher auf seine Rolle als Informations- und Bildungsakteur konzentrierte. Die wenigen Berichterstattungen, die den ÖIE in Verbindung mit der Kampagne nannten, zeigen, dass er auch nicht als zivilgesellschaftlicher Akteur genügend wahrgenommen wurde. Generell standen die Medien der gesamten Friedensbewegung recht kritisch gegenüber und somit hatte der ÖIE in vielerlei Hinsicht nicht die besten Kampagnenvorraussetzungen. (vgl. Gusenbauer 1987)

Conclusio

Nehmen wir erneut Bezug auf die eingangs gestellte Frage:

Welche Gründe führten dazu, dass die großen Erfolge der Kampagne auslieben?

Zum einen hatte der Verein durch seine Arbeitsweise, die Möglichkeit der Partizipation und Selbstbestimmung, einen Ausnahmecharakter. Die Mitglieder konnten ihre Ideen und Vorstellungen in den Verein hineinragen und bekamen soweit ein gewisser Konsens entstand, die Freiheit diesen nachzugehen. Das beeinflusste auch die Kampagne „Entwicklung statt Rüstung“. Die Mitglieder vertraten unterschiedliche Lösungsansätze und stellten diese im Rahmen der EPN vor. Dementsprechend divergierten die Vorstellungen der Mitglieder hinsichtlich der politischen Ziele dieser Kampagne. Die Kommunikation nach außen wurde durch die internen Vorgänge

beeinflusst und dies hatte Auswirkungen auf die Kampagnenerfolge. Wenn man sich bereits intern nicht auf konkrete Ziele einigen konnte, wie sollte im Anschluss daran die Zivilgesellschaft mobilisiert oder Druck auf die Politik ausgeübt werden?

Für die Durchführung der Kampagne entschloss sich der Verein zu einer Bildungs- und Informationskampagne sowie einer zivilgesellschaftliche Kampagne.

Um ein Bewusstsein für die Thematik zu schaffen, wählte der ÖIE eine Informations- und Bildungskampagne und bediente hier vordergründig interessierte EPN-LeserInnen, StudentInnen, SchülerInnen, LehrerInnen sowie die Mitgliederorganisationen. Durch den vom ÖIE erstellten Baukasten „Entwicklung statt Rüstung“ zeigte der Verein erneut eine Möglichkeit, Inhalte anhand unterschiedlicher didaktischer Methoden aufzuarbeiten sowie den Zusammenhang von lokal und global zu veranschaulichen.

Darüber hinaus wäre es wichtig gewesen andere Gruppierungen anzusprechen, wie die ArbeiterInnen der Rüstungsindustrie. Diese als UnterstützerInnen zu gewinnen, hätte noch einmal eine andere Dynamik bewirkt, vor allem hinsichtlich einer zivilgesellschaftlichen Kampagne.

Im Rahmen der zivilgesellschaftlichen Kampagne rief der ÖIE dazu auf in die Öffentlichkeit zu gehen. Er war bei Demonstrationen vertreten, unterstützte Forderungskataloge und forderte in der Vorstellung der Kampagne auch indirekt die Politik auf, „Aktivitäten für Frieden und Abrüstung mit den entwicklungspolitischen Aktivitäten zu verbinden.“ (EPN 1982/2:3)

Die Forderungskataloge wurden meist durch andere Organisationen bestimmt. Daher geriet der Zusammenhang zwischen Entwicklung und Abrüstung einerseits, entwicklungspolitischen Forderungen andererseits in den Hintergrund.

Die Verbindung einer Informations- und Bildungskampagne mit einer zivilgesellschaftlichen Kampagne ist grundsätzlich ein schwieriges Unterfangen. Erstere zeigt viele Lösungsansätze und macht die Komplexität des Themas bewusst. Letztere forciert konkrete Lösungen und hat meist eine/n konkrete/n politische/n Adressatin/en. „The educational model is great for education but not for campaigning. It reaches understanding but not action. Using it to try and decide or stimulate action is likely to lead to confusion and frustration.“ (Rose 2005:24)

Da die Regierung kein Interesse hatte, diese Kampagne zu unterstützen, weil sie selbst

von den Waffenexporten profitierte, führte dies zu einer drastischen Kürzung im Budget des Vereins und somit zu knappen Mitteln für dessen Kampagne. Der ÖIE war durch diesen Umstand in seiner Tätigkeit eingeschränkt und hatte nicht die Kapazitäten, eine Kampagne zu bedienen – geschweige denn zwei.

Zuletzt muss darauf hingewiesen werden, dass die Kampagne „Entwicklung statt Rüstung“ nur einen kleinen Teil der Friedensbewegung in Österreich ausmachte. Hier fanden sich erneut unterschiedlichste Akteure mit unterschiedlichsten Vorstellungen zusammen.

Die Instrumente des Kampagnenmanagements waren in den 1980er in der NGO Szene noch nicht so stark verankert wie heute. Die Analyse zeigt aber, dass es durchaus sinnvoll ist, auf diese zurückzugreifen, um so viele Störfaktoren wie möglich im Vorhinein zu erkennen und eine entsprechende Strategie ausarbeiten zu können.

Abschließend kann jedoch gesagt werden, dass durch die fehlenden materiellen Ressourcen die Tools des Kampagnenmanagements wahrscheinlich keinen großen Wandel bewirkt hätten und es im Fall des ÖIE eher darum ging, ein politisches Statement zu setzen. Dabei musste der ÖIE riskieren, sich gegen seinen Hauptfinanzier zu stellen.

Eine fehlende Positionierung in diesem Diskurs wäre einem „not caring“ gleichgekommen und hätte den ÖIE selbst in Frage gestellt.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Literatur

Bernstorff, Andreas Graf von (2012): Einführung in das Campaigning. Heidelberg: Carl Auer System Verlag.

Böhm, Mario (2009): Oral history revisited – mündlich erfragte Geschichte im Journalismus. Magisterarbeit. Wien: Universität Wien.

Bonse, Sebastian; Drath, Christine; Ramm, Sonja; Völker Julia (2009): Mit Schnipsen gegen die Armut?.. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.) (2009): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 4. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaft. S 375 – 385.

Buchner, Michael; Friedrich, Fabian; Kunkel, Dino (2006): Zielkampagnen für NGO: Strategische Kommunikation und Kampagnenmanagement im Dritten Sektor. Berlin: Lit Verlag.

Fislage, Nadine; Stiebling, Sandya (2009): „Man muss das Chaos lieben.“ Untersuchungen der GATS-Kampagne von Attac.. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.) (2009): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 4. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaft. S 361 – 375.

Gusenbauer, Alfred (1987): Die österreichische Friedensbewegung. Träger, Strukturen und Aktivitäten zwischen 1980 und 1986.. Wien: Dissertation Universität Wien.

Helferich, Cornelia (2009): Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. 3. Überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Luif, Paul (1981): Die Bewegung der blockfreien Staaten und Österreich. Band 3. Laxenburg: Austrian Institute for Internationale Affairs.

Mayring, Philipp (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung. Weinheim: Beltz.

Münkler, Herfried (2006): Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.

Pilz, Peter (1982): Die Panzermacher. Die österreichische Rüstungsindustrie und ihre Exporte. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.

Ploiner, Alfred (1990): Der "Kampf" um den Frieden. Friedensbewegung in Österreich 1980-1984. Wien: Magisterarbeit Universität Wien.

Rose, Chris (2010): HOW TO WIN CAMPAINGS. Communications for Change. New York: Taylor & Francis.

Wulf, Hubert (Hg.) (1983): Aufrüstung und Unterentwicklung. Aus den Berichten der Vereinten Nationen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH. S 279.

Quellen:

Die Primärquellen des Vereins (Protokolle, Arbeitsberichte und Statuten) werden in einem eigenen Abschnitt angegeben und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ich möchte mich hier nochmals beim Südwind und seinen MitarbeiterInnen – aktiven und früheren – bedanken, die es möglich machten, diese Dokumente einzusehen.

APA 136-ID (1982): Waffengesetz: Amnesty begrüßt Menschenrechtsklausel. Utl.: Aber ohne Änderung der dazugehörigen Verordnung gefährliche Lücken.

APA 144-AL (1980): UNO-Abrüstungskonferenz beendet – Abendmeldung.

APA 176-ID (1983): Eilt- Friedensveranstaltung in Wien – Zusammenfassung 1.

APA (1982): Parteiaussendung. 23.10.1982. AHI0172 5 OT.

Arbeiterzeitung (1982/ 17.5.): Kreisky: Friedenskundgebung zeugte von „gutem Geist“.

Bundeskanzleramt (1984): Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungshilfe. Wien: Bundeskanzleramt.

Zeitschrift EPN

Alle Zeitschriften die unter Entwicklungspolitische Nachrichten (EPN) ohne Autor laufen, sind als Kommunikation des ÖIE nach außen zu betrachten und werden im Text unter EPN Jahr/Ausgabe/Seitenzahl gekennzeichnet. Bei Kennzeichnung mit Namen

wird dies auch entsprechend der Regeln des Zitierens durchgeführt.

Brzoska, Michael (1982/2): Waffen in die Dritte Welt. Auswirkungen von Rüstungsexporten in die Entwicklungsländer. In: Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/2): Entwicklung statt Rüstung. S 20.

Entwicklungspolitische Nachrichten (1979/0:0): Entwicklungspolitische Nachrichten. Impressum.

Entwicklungspolitische Nachrichten (1979/4): Grundsatzerklärung des ÖIE. S 27-29.

Entwicklungspolitische Nachrichten (1980/17): Aktion: Hunger ist kein Schicksal. In: Entwicklungspolitische Nachrichten (1980/17). S 1-10.

Entwicklungspolitische Nachrichten (1980/19,20): Entwicklungspolitik in den Medien. S 24.

EPN Forum (1981/10): Aufruf zur Abrüstungswoche (24. bis 31. Oktober 1981) der Vereinten Nationen. In: Entwicklungspolitische Nachrichten (1981/10). S 25.

EPN Forum (1981/10b): Entwicklung statt Rüstung. Aus der österreichischen Friedensbewegung. In: Entwicklungspolitische Nachrichten (1981/10b): S 25.

Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/2): Aktion: Entwicklung statt Rüstung. S 3.

Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/2): „Entwicklung statt Rüstung“ in Österreich. S 8.

Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/3): Aktion: Entwicklung statt Rüstung. Wiener Dritte-Welt-Wochen. S 19-22.

Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/3b): „Entwicklung statt Rüstung“ in Österreich. S 21.

Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/4): Aktion: Entwicklung statt Rüstung. Friedensresolution der burgenländischen Friedensinitiative „Gemeinsam für den Frieden“. In: Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/4): S 19-22.

Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/6): Arbeitsbereiche des ÖIE. Redaktion: einmal selbstkritisch. In: Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/6): Drei Jahre ÖIE. S 9.

Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/6b): Methodik und Umsetzung vermitteln. Seminare und pädagogische Beratung im Arbeitsbereich Schule. In: Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/6): Drei Jahre ÖIE. S 12.

Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/6c): Baukasten-System. In: Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/6): Drei Jahre ÖIE. S 15.

Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/6d): „Erst ein Informationsbedürfnis schaffen...“. In: Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/6): Drei Jahre ÖIE. S 14.

Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/6e): Medienservice Dritte Welt. In: Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/6): Drei Jahre ÖIE. S 17.

Entwicklungspolitische Nachrichten (1984/9): Dritte Welt und Österreich. Fünf Jahre Ulrich Trinks. Fünf Jahre ÖIE. In: Entwicklungspolitische Nachrichten (1984/9): Fünf Jahre ÖIE.S 14.

Hanak, Ilse (1982/2): Produziert statt Waffen zivile Güter. In: Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/2): Entwicklung statt Rüstung. S 9.

Langthaler, Richard (1981/10): Entwicklung statt Rüstung. Hunger wird gemacht. In: Entwicklungspolitische Nachrichten (1981/10): Entwicklung statt Rüstung. S 10-13.

Meissner-Blau, Freda (1982/2): Rüstung verhindert Entwicklung. In: Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/2): Entwicklung statt Rüstung. S 14-15.

Morais, A. Jorge (1982/2): Selbstbestimmung und Entwicklung. In: Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/2): Entwicklung statt Rüstung. S 18.

Pernerstorfer, Josef (1982/6): Förderung entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit. In: Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/6): Drei Jahre ÖIE. S 7.

Sibitz, Bernd (1982/3): Die Dritte Welt in den österreichischen Medien. In: Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/3): S 26.

Stock, Wolfgang (1983:10): Rüstungsexporte in Entwicklungsländer?. Eine gesetzliche Möglichkeit ihrer Begrenzung. In: Entwicklungspolitische Nachrichten (1983:10): Pershings statt Palmen. S 18.

Trinks, Ulrich (1982/5): Beilage in den Entwicklungspolitischen Nachrichten. In: Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/5). Beilage.

Winge, Meinrad (1982/6): „Arbeitsplatz ÖIE“ oder „Wie alternativ ist der ÖIE“?. In: Entwicklungspolitische Nachrichten (1982/6): Drei Jahre ÖIE. S 8.

Wulf, Herbert (1983/10): Abrüstung und Entwicklung*. In: Entwicklungspolitische Nachrichten (1983/10): Pershings statt Palmen. S 12.

ÖIE Unterlagen

AB ÖIE: Zusammenfassender Arbeitsbericht für das Jahr 1979 (1979): ÖIE. (unvollständig) Bemerkung: In der Arbeit als AB abgekürzt für Arbeitsbericht).

Baukasten “Entwicklung statt Rüstung” (1982). Wien: ÖIE.

ÖIE (1979): 1. Protokoll der Gründungs-Generalversammlung des Vereins „Informationsdienst für Entwicklungspolitik (1979). (unvollständig)

Statuten des Vereins „Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik (1979): S 1-8.

Interviews:

Hartmeyer, Helmuth (2014): Interview im Rahmen der Lehrveranstaltung „Archive des Helfens? Das „Mittelalter“ der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Wien, 19. Mai 2014.

Jäggle, Martin (2014): Interview im Rahmen der Lehrveranstaltung „Archive des Helfens? Das „Mittelalter“ der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Wien, 12. Mai 2014.

Winge, Meinrad (2015): Persönliches Interview, geführt von der Verfasserin. Wien, 23. Jänner. 2015.

Internetseiten

Dreikönigsaktion Hilfswerk der Katholischen Jungschar: Die Anfänge der Sternsingaktion der Katholischen Jungschar Österreichs.

www.dka.at/sternsingen/medienservice/historische-fotos-und-texte/ [Zugriff 10.12.2014]

Haselbach, Arne (2010): Sektionsbericht. In: TRANS: Internet-Zeitschrift für

Kulturwissenschaften http://www.inst.at/trans/18Nr/III-1/sektionsbericht_3-1.htm
[Zugriff 10.12.2014]

Heisting, Andrea (2006): Qualitative Interviews – Ein Leitfaden zur Vorbereitung und Durchführung inklusive einiger theoretischer Anmerkungen. S 13.
www.univie.ac.at/igl.geschichte/kaller-dietrich/WS%2006-7/MEXE_06/061102Durchf%FChrung%20von%20Interviews.pdf [Zugriff 10.12.2014]

Paschke, Susanne (2011): Globales Lernen in Theorie und Praxis. Ein pädagogisches Konzept in Begründungsnot.
http://othes.univie.ac.at/13574/1/2011-02-02_0447657.pdf [Zugriff 10.12.2014]

Tanzer, Gerhard (2008): Die Friedensbewegung der 1980er Jahre.
www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/wissen_friedensbewegung.pdf
[Zugriff 10.12.2014]

Watzlawick: Die Axiome von Paul Watzlawick.

<http://www.paulwatzlawick.de/axiome.html> [Zugriff 16.02.2015]

World Development Report (1980) Washington: World Bank.

https://books.google.at/books?id=XmnHTbXT7mAC&pg=PA29&lpg=PA29&dq=development+aid+1980&source=bl&ots=IIGZAKNbua&sig=GP_olE48GOhPeaVh1wH3NsIR8-Q&hl=de&sa=X&ei=do-7VPjpCpDlaO2ZgLgB&ved=oCGUQ6AEwCA#v=onepage&q=development%20aid%201980&f=false [Zugriff 10.12.2014]

UN (2010): Chapter II. Poverty: The official numbers. S 13-43.
<http://www.un.org/esa/socdev/rwss/docs/2010/chapter2.pdf> [Zugriff 10.12.2014]

Fortführende Lektüre:

Jäggle, Martin (2009): Ein flotter Twen (EPN). In: Südwind Magazin 10/1999.
<http://www.suedwind-magazin.at/ein-flotter-twen>, [Zugriff 10.03.2018]

Pilz, Brigitte (2004): Ein Kind seiner Zeit (ÖIE). In: Südwind Magazin 10/2004.
<http://www.suedwind-magazin.at/ein-kind-seiner-zeit> [Zugriff 10.03.2018]